

Kantone Bern mit 678 000 m³, Graubünden mit 634 000 m³, St. Gallen mit 597 000 m³ und Wallis mit 300 000 m³. Im ohnehin schon angeschlagenen Wald musste mit den Aufrüst- und Aufräumarbeiten sofort begonnen werden. Einerseits musste die Gefahr von Schädlingskalamitäten vermindert werden, andererseits mussten in extremen Schutzwäldern noch vor Beginn des nächsten Winters die erforderlichen Wiederherstellungs- und Verbauungsmassnahmen getroffen werden. Waldeigentümer und Waldwirtschaft waren nicht in der Lage, mit eigenen Mitteln die Zwangsnutzung in diesem Ausmasse termin- und fachgerecht zu bewältigen. Die öffentliche Hand, d. h. der Bund, musste und muss weiterhin helfen.

Der Bundesrat hat im Anschluss an das erwähnte Sturmschadenereignis rasch reagiert und sofortige, breite, unbürokratische Hilfe zugesichert. Als Sofortmassnahmen wurden verfügt: erstens Einsatz von Truppen, zweitens Freistellung von Angehörigen der Armee, drittens Erlass der Verordnung über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zur Bewältigung der Sturmschäden 1990 im Schweizer Wald und viertens Aenderung der Verordnung über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung.

Für diese sofortige, überall anerkannte und geschätzte Hilfe sei an dieser Stelle vorab dem Bundesrat, aber auch der Verwaltung und den eingesetzten Truppen inklusive Zivilschutz gedankt. Nur dank des sofortigen Einschreitens und dank der guten Zusammenarbeit aller betroffenen Kreise der Wald- und Holzwirtschaft konnten gesamtschweizerisch bis heute etwa 75 Prozent der Schadholzmenge aufgerüstet werden. Ungefähr 50 Prozent der beitragsberechtigten Kosten sind bisher den Subventionsbehörden zur Auszahlung vorgelegt worden. Der Bund ist verpflichtet, den Wald zu schützen. Er musste bereits vor Jahren mit ausserordentlichen Massnahmen helfen, wenn auch nicht vor allem wegen Sturmschäden. So hat die Bundesversammlung mit Bundesbeschluss vom 3. Mai 1984 für Massnahmen zum Schutze des Waldes vor Schadstoffwirkungen, Krankheiten und vor allem Schädlingen 150 Millionen Franken bewilligt. Der Beschluss war bis zum 31. Dezember 1988 befristet. Weil sich der Gesundheitszustand des Waldes nicht gebessert hatte, sondern sich im Gegenteil laufend verschlechterte, wurde im Bundesbeschluss vom 23. Juni 1988 die Unterstützung weiterer Massnahmen beschlossen und zusätzlich ein Kredit von 240 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Dieser Beschluss ist bis zum 31. Dezember 1992 befristet, gilt also zurzeit noch.

Heute soll der auf diesen Bundesbeschluss abgestützte Finanzierungsbeschluss vom 23. Juni 1988 geändert werden, indem der seinerzeit bewilligte Betrag von 240 Millionen Franken um 130 Millionen Franken auf total 370 Millionen Franken erhöht wird. Die Erhöhung des am 23. Juni 1988 bewilligten Betrages ist erforderlich, damit die Sturmschäden vom Februar 1990 behoben werden können. Die Mittel, die 1988 bewilligt worden sind, werden vollumfänglich für die ordentlichen, damals beschlossenen Walderhaltungsmassnahmen benötigt. Sie stehen für die Behebung der Schäden aus dem ausserordentlichen Ereignis vom Februar 1990 nicht zur Verfügung.

Das Aufrüsten und der Abtransport des Wurfholzes sind unbestritten Massnahmen zur Walderhaltung. Sie fallen unter den dringlichen Bundesbeschluss vom 23. Juni 1988. Diese Massnahmen haben den gleichen Zweck wie die Massnahmen gemäss Bundesbeschluss.

Der Zusatzkredit von 130 Millionen Franken, der teilweise vom Bundesrat und der Finanzdelegation freigegeben worden ist, wird gemäss voller Ueberzeugung Ihrer Kommission benötigt. Ich wiederhole deshalb abschliessend den eingangs erwähnten Antrag, es sei auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

Rhyner: Auch ich ersuche Sie, die 370 Millionen Franken zu bewilligen. Der Kanton Glarus gehört zu den Kantonen, die am meisten betroffen sind. Wenn man Holzvorrat und Windwurf fläche miteinander vergleicht, ist er bezüglich seiner Grösse der am meisten betroffene Kanton.

Die von den Sturmschäden betroffenen Wälder befinden sich alle in Regionen mit einem ausserordentlichen Nachholbe-

darf, auch im Bereich Waldpflege und Walderschliessung. Mit der Schadenbehebung ist die Arbeit bei weitem noch nicht getan. Die Wiederaufforstung in den Schadengebieten wird Jahre, ja Jahrzehnte dauern. Zudem muss für die Pflege der Aufforstungen in Gebieten mit so kurzer Vegetationsperiode ebenfalls mit Jahrzehnten gerechnet werden. Und dafür – auch für den Unterhalt der notwendigen Werke – braucht es Erschliessungen.

Nun möchte ich an dieser Stelle auch einmal für die spontane Unterstützung des Bundes danken. Hervorheben, Herr Bundespräsident, möchte ich das unbürokratische Angehen der Probleme durch die Mitarbeiter der zuständigen Departemente. Dann danke ich bei dieser Gelegenheit vor allem auch für den Einsatz unserer Armee und für die Freistellung von Forstleuten und anderen entsprechenden Berufsgruppen von Militärdienstleistenden. Ohne Einsatz von Truppen an der Waldfront wäre es für viele Bergregionen kaum möglich gewesen, nur das Notwendigste zur Verhinderung von Folgeschäden zu bewerkstelligen und noch Schlimmeres abzuwenden. So haben z. B. die Milizen im Kanton Glarus im vergangenen Sommer während über 100 000 Mannstunden zur Schadenbehebung in unseren Wäldern beigetragen. Mit diesem Dank verbinde ich die Hoffnung, dass auch 1991 für solche Arbeiten Teile der Armee freigestellt werden können.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

88.011

Strahlenschutzgesetz

Loi sur la radioprotection

Siehe Jahrgang 1988, Seite 441 – Voir année 1988, page 441

Beschluss des Nationalrates vom 26. September 1990

Décision du Conseil national du 26 septembre 1990

Differenzen – Divergences

Art. 2 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil national nous a renvoyé le projet de loi avec 16 divergences. La commission du Conseil des Etats en a éliminé 14 en adoptant la version du Conseil national. Il s'agissait en général d'amendements de très peu d'importance politique.

Les délibérations au sein de la commission ont été assez brèves, sauf pour trois dispositions dont deux constituent les seules divergences que la commission quasi unanime propose de renvoyer à la Chambre du peuple.

A l'article 2, le Conseil national a élargi le champ d'application de la loi à «tous les états» qui peuvent présenter un danger lié à des rayonnements ionisants. Cette extension paraît judicieuse. En effet, l'augmentation durable de la radioactivité dans l'environnement ne peut pas être définie simplement comme un événement mais plutôt comme une situation, un état. D'ailleurs, d'après l'article 23, le Conseil fédéral reçoit la compétence de prendre, en cas d'augmentation durable de la radioactivité dans l'environnement en se référant à l'état et à la situation, des dispositions particulières propres à limiter l'exposition aux radiations.

Au nom de la commission, je vous propose de vous rallier au Conseil national.

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Lorsqu'on évalue la justification d'une exposition, il faut tenir compte des avantages mais aussi des inconvénients et des risques. Le Conseil national a voulu le dire expressément. Votre commission vous propose d'adhérer à ce complément.

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil fédéral et le Conseil des Etats prévoient que les mesures pour réduire l'exposition aux radiations sont commandées par l'expérience, par l'état de la science et de la technique et par les circonstances. La mention des circonstances est évidemment liée au principe de la proportionnalité, lequel, selon le Conseil national, est une règle de caractère universel qui, même si elle n'est pas mentionnée expressément dans la loi, est néanmoins applicable. Le Conseil national craignait que les circonstances permettent d'invoquer des motifs d'ordre financier ou économique pour renoncer aux mesures de protection. En donnant notre adhésion, nous éliminons le doute.

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 11 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: L'information des personnes exposées aux radiations et soumises à une dosimétrie, c'est le minimum auquel on puisse prétendre. C'est d'ailleurs la pratique constante et il est logique qu'elle soit indiquée dans la loi.

Angenommen – Adopté

Art. 17

Antrag der Kommission

Abs. 2

Er strebt dabei den gleichen Schutz der Gesundheit an wie bei anderen krebserregenden Stoffen.

Abs. 3

.... ereignisbezogene Grenzwerte fest.

Abs. 3bis (neu)

Werden Toleranz- oder Grenzwerte überschritten, so sind Massnahmen nach dem Lebensmittelgesetz zu ergreifen.

Abs. 4

Soweit der Bundesrat nichts anderes bestimmt, richtet sich die Kontrolle nach den Vorschriften im Lebensmittelgesetz.

Art. 17

Proposition de la commission

Al. 2

Ne concerne que le texte allemand

Al. 3

.... adaptées à l'événement. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 3bis (nouveau)

En cas de dépassement ces valeurs de tolérance ou des valeurs limites, des mesures sont à prendre selon la loi sur les denrées alimentaires.

Al. 4

Le contrôle est régi par les dispositions de la loi sur les denrées alimentaires pour autant que le Conseil fédéral ne prévoie rien d'autre.

M. Jelmini, rapporteur: La disposition que la commission vous propose dans une nouvelle formulation concerne la radioactivité des denrées alimentaires. L'article 17 vise pour l'essentiel à ce que la loi définisse le mode selon lequel le Conseil fédéral fixe les concentrations maximales pour les radionucléides dans les denrées alimentaires et que la protection atteinte par la fixation de ces concentrations corresponde à celle applicable aux autres agents cancérigènes. Ces propositions avaient donné lieu à une longue discussion au sein de la commission du Conseil national. L'administration a finalement élaboré un nouveau texte qui a été adopté par le Conseil national. Mais cette formulation n'a pas paru assez claire à notre commission car elle ne précisait pas suffisamment si et d'après quels critères il fallait prendre des mesures après avoir constaté le dépassement des valeurs de tolérance et des valeurs limites. Il s'agit en effet de notions qui sont reprises de la législation sur les denrées alimentaires. Il est donc judicieux de prévoir que l'intervention de l'autorité soit possible selon les mêmes principes.

Je vous propose d'adopter la formulation indiquée dans le dépliant.

Il s'agit ici d'une divergence qui subsiste.

M. Cotti, conseiller fédéral: La proposition de la commission du Conseil des Etats me paraît raisonnable du fait qu'elle prend en compte les deux critères – valeur de tolérance et valeur limite – qui ont été introduits, je vous le rappelle, vers la fin des délibérations. Le fait d'appliquer ces critères également aux conséquences «opérationnelles» me paraît tout à fait logique. Nous sommes d'accord avec la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 2 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 18 al. 2 let. c

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: En cas de danger immédiat, l'organisation d'intervention ne doit pas seulement ordonner des mesures d'urgence mais aussi en surveiller l'exécution. Cela paraît logique.

Angenommen – Adopté

Art. 19 Abs. 2 Bst. b*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 19 al. 2 let. b*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Cette disposition a donné lieu à un long débat au sein du Conseil national. Des craintes ont été manifestées quant à d'éventuelles atteintes à la liberté individuelle et à la liberté du commerce et de l'industrie en rapport avec les interventions du Conseil fédéral en cas de danger dû à une augmentation de la radioactivité. Après avoir reçu un avis de droit de l'Office fédéral de la justice qui a constaté le respect de l'intérêt public et du principe de la proportionnalité – comme nous l'avions d'ailleurs constaté nous-mêmes sans qu'il soit besoin d'avis préalable – le Conseil national a adopté la version qui nous est proposée et qui institue pour des personnes déterminées l'obligation de n'accomplir certains services que dans le cadre de leur activité professionnelle habituelle, en stipulant expressément que la vie et la santé des personnes engagées doivent être protégées. Au nom de la commission, je vous propose de vous rallier à la formulation du Conseil national.

*Angenommen – Adopté***Art. 20 Abs. 1, 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 20 al. 1, 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Dans la version du Conseil national on remplace à l'alinéa 3 «le Conseil fédéral» par «la Confédération». Cette formule devrait permettre à d'autres organes de la Confédération de faire appel à des organisations privées pour exécuter certaines mesures.

A l'alinéa premier, on a remplacé «ils» – c'est-à-dire les cantons et les communes – par «les cantons», car ceux-ci seuls collaborent directement avec l'organisation d'intervention.

*Angenommen – Adopté***Art. 21 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 21 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil national propose au premier alinéa que la formule potestative soit remplacée par une disposition instituant une obligation. Les entreprises pour lesquelles l'émission de quantités dangereuses de substances radioactives ne saurait être exclue devraient, dans tous les cas, être obligées de prendre des mesures de protection d'urgence.

Le complément apporté à la lettre a représente une concrétisation du principe de causalité pour le cas où il existerait déjà un système général d'alarme. Dans ce cas, l'entreprise n'aura pas à installer elle-même un système d'alarme pour la population exposée aux dangers, mais devra participer proportionnellement aux coûts du système existant.

*Angenommen – Adopté***Art. 24 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24 al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil des Etats avait complété la définition de «déchets radioactifs» par un critère objectif, ce qui la rapproche de la définition de «déchets» donnée par la loi sur la protection de l'environnement. L'opinion a prévalu au sein du Conseil national, selon lequel le domaine des déchets dans la loi sur la protection de l'environnement ne concordait pas à plusieurs égards avec celui des déchets radioactifs. En effet, il s'agit de secteurs qui ne sont pas comparables. C'est pourquoi la commission vous propose de reprendre le texte du Conseil national.

Une proposition présentée par Mme Simmen au sein de la commission visait à interdire toute exportation dans les pays en développement. La commission a renoncé à proposer l'introduction dans la loi d'une interdiction générale (exportation dans les pays du tiers monde) car il est difficile de porter une définition constante dans le temps pour ce qui est des pays en développement, en considération de l'évolution à laquelle on assiste. D'autre part, le problème doit trouver une solution sur le plan des accords internationaux.

Le rapporteur est néanmoins chargé d'exprimer l'avis de la commission – qui partage entièrement les soucis de Mme Simmen – et d'inviter le Conseil fédéral à éviter ce type d'exportation, en tout cas en l'absence de dispositions sur le plan du droit des gens.

*Angenommen – Adopté***Art. 28 Bst. c***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 28 let. c*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Des considérations de logique juridique s'opposent à ce que les décisions soient rendues dans les rapports entre deux autorités d'une seule et même collectivité. En effet, une personne ne peut pas s'octroyer à elle-même une autorisation. C'est pourquoi la procédure régissant les décisions touchant les installations et activités propres de la Confédération aurait dû faire l'objet d'une réglementation particulière. Mais comme il existe des cas dans la pratique où une autorité autorise par une décision formelle une autre autorité de la même collectivité publique à accomplir certaines activités, le Conseil national a préféré que les installations et activités de la Confédération soient soumises aux mêmes dispositions formelles et matérielles que celles applicables aux autres entreprises. Je vous propose d'adhérer à cette modification.

*Angenommen – Adopté***Art. 30 Bst. a, d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 30 let. a, d*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Notre conseil avait remplacé à la lettre a le terme «mandaté» par «engagé». Il a fait cette modification pour adapter l'article 30 sur le plan de la terminologie à l'article 15 que nous avons modifié. Le Conseil national est d'avis que cela irait trop loin si du terme «engagé» on déduisait qu'un rapport d'engagement devrait être établi dans chaque cas. C'est pourquoi il a adopté le texte initial «mandaté». Je vous propose, au nom de la commission, d'en faire autant.

A la lettre d, à «l'état de la technique», le Conseil national propose d'ajouter «l'état de la science»; ainsi cet article serait en harmonie avec l'article 8 qui mentionne aussi «l'état de la science et de la technique».

Angenommen – Adopté

Art. 31 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 31 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: A l'article 31, le Conseil national propose que la durée de validité des autorisations soit obligatoirement limitée, afin que les conditions liées à la délivrance des autorisations soient vérifiées à l'échéance du délai fixé. Même s'il existe des activités soumises à autorisation qui ne présentent qu'un danger minime, la commission, avec le Conseil national, est d'avis que l'on doit fixer un délai de validité. En effet, une durée de validité limitée apporte une sécurité supplémentaire. Par exemple les appareils techniquement dépassés seront remplacés et du point de vue du contrôle une durée de validité limitée est une solution plus simple que le retrait de l'autorisation.

Angenommen – Adopté

Art. 34 Abs. 1, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 34 al. 1, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: L'administration a constaté qu'il ne ressortait pas clairement de cette disposition que l'obligation de déclarer s'étendait aussi aux substances radioactives et a formulé une proposition plus précise qui ajoute l'obligation de déclarer les modifications de construction et de fonctionnement d'une installation ou d'un appareil qui pourraient avoir des effets sur la sécurité.

Angenommen – Adopté

Art. 36bis (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 36bis (nouveau)

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil national propose l'institution d'une responsabilité causale aggravée pour des dommages dus aux radiations qui ne sont pas couverts par la loi sur la responsabilité civile en matière nucléaire, parce que les activités avec les rayonnements ionisants présentent un potentiel de dangers particuliers et que cette responsabilité est instituée aussi dans d'autres domaines où il existe des dangers particuliers. Même si la question de la responsabilité causale pour les dommages dus aux radiations qui ne sont pas couverts par la loi de la responsabilité civile en matière nucléaire doit être traitée dans le cadre de la révision totale du droit en matière de responsabilité civile, même si les travaux de révision sont en cours et qu'ils aboutiront dans un proche avenir, le Conseil national a décidé de ne pas attendre cette révision et d'introduire une responsabilité causale simple, concédant ainsi une décharge au responsable s'il peut prouver avoir pris toutes les précautions pour éviter le dommage.

Angenommen – Adopté

Art. 42 Abs. 1 Bst. fbis

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 42 al. 1 let. fbis

Proposition de la commission

Biffer

M. Jelmini, rapporteur: Le Conseil national veut prévoir une sanction dans le cas où l'article 6, concernant la qualification technique, ne serait pas respecté, c'est-à-dire lorsque quelqu'un exerce une activité pouvant présenter un danger dû à des rayonnements ionisants. Mais dans ce cas, il y aurait contravention selon l'article 42, alinéa premier, lettre f, car dans l'ordonnance d'exécution le Conseil fédéral fixera la nature de la qualification technique exigée pour l'exercice de certaines activités déterminées. Il fixera également dans cette ordonnance le principe que les infractions à cette disposition sont punissables. La disposition proposée par le Conseil national interrompt d'ailleurs l'eurythmie de l'ensemble de l'article car elle ne se réfère pas à une action mais à une qualification personnelle.

Je vous demande de ne pas suivre le Conseil national et de maintenir notre décision, c'est-à-dire de biffer cette adjonction proposée par le Conseil national.

M. Cotti, conseiller fédéral: Nous sommes d'accord avec les raisons invoquées par M. Jelmini, qui font que cette mesure est superflue. De plus, une mesure qui établit une responsabilité pénale sur la base d'un état difficile à établir concrètement – qu'est-ce que l'état de la compétence professionnelle? – irait effectivement à l'encontre de la clarté nécessaire de la disposition du droit pénal.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

Ad 88.011

Postulat der Kommission

Morbiditäts- und Krebsstatistik

Postulat de la commission

Statistique de la morbidité et du cancer

Wortlaut des Postulates vom 12. November 1990

Der Bundesrat wird ersucht, als Grundlage für epidemiologische Studien und Untersuchungen die Errichtung einer gesamtschweizerischen Morbiditäts- und Krebsstatistik in die Wege zu leiten und zu fördern.

Texte du postulat du 12 novembre 1990

le Conseil fédéral est prié de lancer et de promouvoir une statistique suisse de la morbidité et du cancer, comme base pour des études épidémiologiques et des recherches.

M. Jelmini, rapporteur: Le texte du postulat indique clairement de quoi il s'agit. Au nom de la commission, je demande de bien vouloir le transmettre.

Ueberwiesen – Transmis

Frau Meier Josi: Ich habe im Zusammenhang mit der Beratung dieses Geschäftes noch eine Bemerkung anzubringen. Ich bin jetzt 19 Jahre in diesem Parlament. Aber zum ersten Mal habe ich in einer Differenzbereinigungsberatung einen Bericht vorgelegt bekommen, wie wir ihn immer haben sollten: einen ganz hervorragenden, konzisen Bericht über die Beratungen im anderen Rat, der uns erlaubt hat, in der Kommissionssitzung innert kürzester Zeit die Uebersicht über den neue-

sten Stand der Beratungen zu gewinnen und unsere Beschlüsse zu fassen. Wir sind in einer minimalen Zeit mit unserer Beratung fertig gewesen.

Herr Präsident, ich möchte Sie als Mitglied unserer entsprechenden Verwaltungskommission bitten, diesen Bericht den ganzen Parlamentsdiensten vorzulegen als Muster dessen, was wir bei unseren Beratungsvorbereitungen brauchen. Und ich möchte der mir unbekannten Person, die diesen Bericht erstellt hat, mein Kompliment und unseren Dank aussprechen. Wir möchten, dass Nachahmer gefunden werden für solche Arbeiten. In aller Regel habe ich sonst den Eindruck: Je mehr Leute in den Parlamentsdiensten, desto mehr Papier bekommen wir – statt desto weniger, wie es sein sollte. Hier ist die Kürze gelungen. Noch einmal meinen ganz herzlichen Dank!

Präsident: Ich danke Frau Josi Meier für dieses Votum. Es ist selten, dass eine Anerkennung ausgesprochen wird, und ich werde diese an die verantwortlichen Stellen weiterleiten.

90.529

Motion Weber

Umweltstrategie

Stratégie écologique

Wortlaut der Motion vom 6. Juni 1990

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Umwelt- und Energiestrategie zu entwickeln, die quantitativ messbare Schritte für eine qualitative Veränderung der Umweltsituation beinhaltet und eine entsprechende Kontrolle dieser Schritte ermöglicht.

Texte de la motion du 6 juin 1990

Le Conseil fédéral est chargé de mettre au point une stratégie écologique et énergétique qui comprenne des étapes quantitativement mesurables en vue d'un changement qualitatif de la situation écologique et qui permette un contrôle de ces étapes.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bührer, Cottier, Gadiant, Jaggi, Jagmetti, Jelmini, Masoni, Onken, Piller, Rhinow, Roth, Zimmerli (12)

Frau Weber: Unsere Umwelt ist strapaziert. Das Damoklesschwert Klimaveränderung schwebt über uns. Ich könnte mit solchen Sätzen weiterfahren, möchte es aber nicht. Wir alle sind uns einig und wissen, dass wir etwas tun müssen, und es wird ja bereits einiges oder vieles getan. Wir haben in den letzten Jahren einen Prozess mitgemacht: Wir haben eine «Waldsession» gehabt; wir haben im Nationalrat insbesondere «Umweltwochen» erlebt und eine «Luftreinhalte-Woche» hinter uns gebracht; wir alle haben eine Entwicklung hinter uns, die wichtig ist. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass der Bundesrat einige Pakete von Motionen und Postulaten entgegennehmen musste. Es darf gesagt werden, dass unterdessen zahlreiche Massnahmen in Angriff genommen und auch zahlreiche Gesetze verabschiedet wurden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz positiv hervorheben, dass das Departement und der Bundesrat in diesem Bereich wirklich tätig sind.

Jetzt müssen wir jedoch in eine weitere Phase eintreten und mit den bestehenden Gesetzen und Verordnungen beginnen, qualitative Zielsetzungen festzulegen und zu erarbeiten. Um diese qualitativen Zielsetzungen zu erreichen, sollte man sie quantitativ messbar definieren. Man sollte eine entsprechende Kontrolle einführen, aufgrund welcher entschieden werden könnte, ob ein Ziel erreicht wird. Es wäre also an Strategiepapiere zu denken, die in den Bereichen Immissionen, Abfall, Gewässerschutz, Wald, Energie usw. Ziele formulieren und beinhalten würden. Vor allem wäre es wichtig, wenn in diesen

Papieren auch angegeben würde, in welchen Etappen, bis zu welchem Zeitpunkt der Bundesrat eine Verwirklichung und Umsetzung der Ziele sieht oder sehen möchte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Gedanke an sich nicht neu ist, weil bei der Luftreinhalte-Verordnung bereits in diesem Sinne gehandelt wurde. Die Kantone wissen deshalb heute, welches ihre Zielvorgabe ist. Und die Erreichung der Ziele wird messbar kontrolliert werden können. Das verstehe ich eigentlich als positives Beispiel. Ich verstehe die Entwicklung von solchen Strategien als ein notwendiges Führungsmittel im Bereich Umwelt und Energie, in dem Fortschritte unbedingt notwendig sind. Notwendig ist, dass der Bund diese Führung in die Hand nehmen darf und mit den Kantonen und Städten zusammen messbare Ziele anzustreben versucht.

Das ist das Ziel meiner Motion, und ich möchte den Bundesrat bitten, sie entgegzunehmen.

Bundesrat Cotti: Die sehr interessante Motion von Frau Weber verlangt die Erarbeitung von Strategien, die den verschiedenen Umweltbereichen angepasst sind und welche auch von quantitativ festgelegten Zielsetzungen ausgehen müssen. Es ist Sinn der Motion, aufgrund einer gewissen Zielsetzung die nötigen, eventuell schrittweisen – wie Sie sagen, Frau Weber – Entwicklungen zur Erreichung dieser Ziele zu erarbeiten. Der Bundesrat teilt die Zielsetzung der Motion absolut. Es ist wichtig, dass gerade in nächster Zeit sicher noch ganz im Zentrum der Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft stehende Problem Umweltschutz in dieser Art und Weise anzugehen. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass zum Teil schon heute in den einzelnen Bereichen quantitative Zielsetzungen dargelegt werden und dass sogar festgelegt wird, innerhalb von welcher Zeit sie erreicht werden müssen.

Die Luftreinhalte ist ein solcher Fall. Insbesondere das Luftreinhalte-Konzept setzt klar Termine. Die einzelnen Massnahmen, die bisher realisiert worden sind, und die anderen, die geplant werden, werden auch einzeln quantifiziert. Es ist am Schluss fast eine mathematische Übung, die einem – rein rational – fast zu leicht erscheinen würde; viel schwieriger ist dann ihre politische Umsetzung.

Bei der Abfallfrage – ich verweise vor allem auf die Sonderabfälle – haben wir quantitative Ziele. Wir wissen, was wir erreichen müssen, damit die heute leider zum Teil noch in die angrenzenden Länder exportierten Güter tatsächlich in der Schweiz entsorgt werden können. Es ist hingegen nach Aussagen der Experten schwieriger – das ist auch jedermann verständlich –, zum Beispiel bei Fragen wie Landschaft oder Naturschutz immer ganz klare quantitative Ziele festzulegen – obwohl es zum Teil möglich ist, gewisse Beispiele im Gewässerschutz zeigen dies.

Ich kann Frau Weber mitteilen, dass der Bundesrat – besser gesagt: das Buwal – Ende März, auf alle Fälle im nächsten Frühjahr, einen umfassenden Bericht über diese Fragen präsentieren wird, in dem die einzelnen Strategien allerdings noch nicht in jedem Fall ganz definitiv enthalten sein werden. Es wird mehr ein Bericht über den Zustand der Umwelt sein. Die Zielsetzungen müssen dann separat getroffen werden.

Angesichts der Tatsache, dass für einzelne Bereiche die Möglichkeit von Quantifikationen nur schwerlich gegeben ist, und auch angesichts der Tatsache, dass die Erarbeitung solcher Strategien im reinen Kompetenzbereich des Bundesrates liegt, schlägt Ihnen der Bundesrat die Umwandlung in ein Postulat vor. Die Antwort deckt sich jedoch in der Substanz durchaus mit den Anliegen der Motionärin.

Frau Weber: Ich möchte dem Herrn Bundespräsidenten danken für die Antwort. Ich habe verstanden, dass er die Motion nur als Postulat entgegennehmen will, glaube aber doch, aus seinen Worten herausgespürt zu haben, dass die Notwendigkeit einer gewissen Überprüfung der Zielsetzungen eingesehen wird und dass man das Ganze als ein Führungsinstrument anschauen kann. Da der Auftrag wirklich sehr umfassend zu verstehen ist, begreife ich, dass man die Motion lieber als Postulat entgegennimmt – auch weil das Ganze noch ein bisschen Neuland betrifft. Ich bin zufrieden, wenn wir einen Bericht erhalten und dann später auch eine periodische Be-

Strahlenschutzgesetz

Loi sur la radioprotection

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.011
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.12.1990 - 09:30
Date	
Data	
Seite	1055-1059
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 533

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.